

Märkische Linke

Infoblatt - *Die Linke.* - Ostprignitz-Ruppin

Januar 2012

01/2012

Mehr Geld für die Kommunen

Rot-rote Landesregierung beschließt höhere Schlüsselzuweisungen

Auch im zurückliegenden Jahr war ein nicht unwesentlicher Teil meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter durch die Wahlkreisarbeit geprägt. Einer meiner Vor-Ort-Besuche in der Region führte mich zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Wusterhausen/D., Roman Blank. Mit dem Rathauschef erörterte ich u.a. die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit. Die so genannten Kleeblattgemeinden Neustadt, Kyritz, Wusterhausen und das Amt Gumtow sind in dieser Frage in einer Vorreiterrolle. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bietet die interkommunale Zusammenarbeit gute Ansätze, um die öffentliche Daseinsvorsorge auch künftig effektiv zu gewährleisten. Deshalb unterstützt das Land solche Formen der Zusammenarbeit in diesem Jahr mit 10 Millionen Euro.

Im Frühjahr hatten sich Mitglieder der Neustädter Bürgerinitiative gegen den Bau der B190n an mich gewandt. Sie befürchteten, dass die geplante Trassenführung Gemeinden des Amtes Neustadt/D. zerschneidet und insbesondere zu einer starken Belastung der Anwohner durch Verkehrslärm führt. Bei einem Gespräch mit Mitgliedern der BI konnte ich informieren, dass der geplante Bau der B190n keine hohe Priorität für das Land Brandenburg hat und daher nach aller Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit nicht realisiert wird.

Problem Bodenerosion

Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann besuchte ich die Deutsche Saatveredelung AG in Bückwitz. Das Unternehmen produziert nicht nur Saatgut, sondern hat sich zu einem Innovationszentrum für die Landwirtschaft entwickelt. Wie Betriebsleiter Christoph Felgentreu berichtete, ist die Bodenerosion eine große und von vielen noch unterschätzte Herausforderung für die Landwirtschaft. Deshalb beraten er und seine Mitarbeiter die Landwirte, wie diesem Phänomen entgegen gewirkt und die Bodenfruchtbarkeit generell verbessert werden kann. Der Betrieb in Bückwitz beschäftigt 27 fest angestellte Mitarbeiter sowie zehn Saisonkräfte und bildet kontinuierlich Lehrlinge aus.



Der Autor unseres Beitrages: Christian Görke, Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN-Landtagsfraktion, zuständiger Landtagsabgeordneter für Wusterhausen/Neustadt/Kyritz

Auf keinen Fall Privatisierung

Als Dauerthema 2011 begleitete mich die künftige Entwicklung des Haupt- und Landgestüts Neustadt/D. Im Frühjahr führte ich ein Arbeitsgespräch mit Landstallmeister Dr. Jürgen Müller und der amtierenden Geschäftsführerin Regine Ebert. Die rot-rote Koalitionsregierung stellt der Stiftung Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt in diesem Jahr einen Zuschuss für den Betriebshaushalt von 2,125 Millionen Euro zur Verfügung. Bei den Haushaltsberatungen kurz vor Weihnachten wollte die FDP-Fraktion diesen Zuschuss ins Blaue hinein um 325.000 Euro kürzen. Der Fraktionschef der Bündnisgrünen, Axel Vogel, forderte gar die Privatisierung des Gestüts.

Solche verantwortungslosen Schnellschüsse der Oppositionsfraktionen konterkarieren die positive Entwicklung des Gestüts als touristischer und wirtschaftlicher Leuchtturm im Dosseland. Es ist völlig indiskutabel, die Neustädter Gestü-

te mit ihrer 220-jährigen Tradition in der Pferdezucht und Pferdeausbildung mit einem unausgegorenen Privatisierungsvorschlag zu beschädigen. Um die finanziellen Rahmenbedingungen für das Gestüt zukunftssicher zu machen, erarbeiten die Landesregierung und die Gestütsleitung bis Mitte dieses Jahres ein Konsolidierungskonzept.

3 Mio. mehr für OPR

Zum Ende vorigen Jahres stellte die rot-rote Koalition im Landtag auch wichtige Weichen für die Finanzausstattung der Kommunen. So erhalten die brandenburgischen Kommunen 2012 im Vergleich zum Vorjahr rund 141,9 Millionen Euro mehr an Schlüsselzuweisungen. Das Plus für die Landkreise beträgt weitere 54,5 Millionen Euro. Davon profitieren natürlich auch die Kommunen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Um nur drei Zahlen aus der Region zu nennen: Neustadt/D. erhält einen Zuwachs an Schlüsselzuweisungen in Höhe von 468 611 Euro. Für Wusterhausen/D. sind es 210 176 Euro mehr als 2011.

Der Kreis Ostprignitz-Ruppin erhält gegenüber vorigem Jahr ein Plus an Schlüsselzuweisungen von 3,185 Millionen Euro.



Christian Görke und Kirsten Tackmann beim Besuch bei der Deutschen Saatveredelung Bückwitz. Geschäftsführer Christoph Felgentreu (l.) erläutert den Abgeordneten die Qualitätsmerkmale des Saatguts.

Für das gerade begonnene Jahr wünsche ich allen Leserinnen und Lesern alles Gute, vor allem Gesundheit sowie persönliches Wohlergehen.

Auf ein friedliches 2012

Liebe Genoss/innen, Mitstreiter/innen, Sympathisant/innen und Freund/innen,

ein turbulentes Jahr ist im Höllentempo mal wieder mehr über uns hinweggerauscht, als dass wirklich eigene Gestaltungsspielräume entstanden sind. Und die Hoffnung, dass wir es 2012 ruhiger angehen lassen können, ist nur gering. Umso wichtiger wird es sein, im Hams-terrad nicht die Übersicht und vor allem den Blick für jene nicht zu verlieren, deren Vertrauen mich trägt. Für einen friedlichen und respektvollen Umgang mit den Menschen und der Natur werde ich auch 2012 nach bestem Wissen und Gewissen streiten. Auch wenn es mal nicht nur Beifall dafür gibt.

Ich hoffe, wir begegnen uns auf diesem Weg!

In diesem Sinne wünsche ich uns allen Gesundheit, Wohlergehen und Lebensfreude und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Dr. Kirsten Tackmann, MdB

Bad Kreuznacher Antifaschistin geehrt

Unter diesem Titel berichtete eine Tageszeitung in der Neuruppiner Partnerstadt Bad Kreuznach über eine Straßenbenennung nach der Antifaschistin Hildegard Schäfer.

Hildegard Schäfer, von 1940 bis 1945 Gefangene im Frauen-KZ Ravensbrück und Gründerin sowie Vorsitzende der Kreisgruppe der VVN-BdA in Bad Kreuznach, ist vielen Neuruppiner Genossinnen und Genossen noch in bester Erinnerung. Sie starb 1995.

Nun ist es aber zu einem Eklat gekommen. Ein CDU-Stadtrat hat sich massiv gegen die Straßenbenennung nach Hildegard Schäfer gewandt. Er argumentierte, dass Kriegsgefangenenlager und faschistische KZ gleichzusetzen seien, aber nach Kriegsgefangenen, wie seinem Vater, auch keine Straße benannt wird.

Hildegard Schäfer hat sich stets gegen das

Wiedererstarken rechten Gedankengutes massiv eingesetzt und aktiv gegen das regelmäßige von der Rechten organisierte »Heldengedenken« am ehemaligen Kriegsgefangenenlager »Rheinwiesenerlager« gekämpft.

Mit seinen Äußerungen stellt sich der Bad-Kreuznacher CDU-Stadtrat auf eine Stufe mit den rechten Kräften. Auf eine Reaktion der in Bad-Kreuznach lebenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Rheinland-Pfalz, Frau Klöckner, auf die Äußerungen ihres Parteifreundes warten die Bad Kreuznacher wahrscheinlich vergebens.

In diesem Zusammenhang berichtet die lokale Presse, dass auch dort im Jahre 2011 eine Sitzblockade demokratischer Kräfte gegen das Neo-Nazi-Heldengedenken am »Rheinwiesenerlager« von der Polizei »abgeräumt« wurde.

Unserer Genosse

Gerhard Harendt

ist am 28.12.2011 von uns gegangen.

Gerhard ist am 13.07.1923 geboren worden. Mit seinen 88 Jahren hat er einen beeindruckenden Lebensweg hinter sich. Mit einem Neulehrerkurs begann nach dem Krieg seine Berufslaufbahn an der Werner-Seelenbinder-Schule in Alt Ruppin. Über ein Fernstudium qualifizierte er sich zum Fachlehrer für Geschichte. Gerhard war ein zutiefst politischer Mensch. Deshalb trat er in die SED ein. Er war bald über seine Schule hinaus gut bekannt und wurde zum Vorsitzenden der Gewerkschaft für Unterricht und Erziehung im Kreis Neuruppin gewählt. Er erhielt die Berufung zum Direktor der Alexander-Puschkin-Oberschule in Neuruppin. Auf Grund einer starken Sehschwäche musste er leider invalidisiert werden. Mit seiner Frau Annemarie hat er vier Kinder. Alle bewähren sich in ihren Berufen.

Gerhard war ein lebensvoller Mensch. Im Kreis seiner Direktoren-Kollegen war er hoch anerkannt. Auf Grund seiner Erfahrungen als Gewerkschafter konnte er oft vermitteln, ausgleichen, spannungsgeladene Situationen durch eine kurze Bemerkung entschärfen, durch situationsgegebene Komik Lachen hervorrufen. Er war immer für einen Scherz zu haben.

In seinen letzten Jahren kämpfte er gegen Krankheiten an, gab sich nie auf und nahm bis zuletzt an allem regen Anteil. Obwohl er starke Beschwerden hatte, besuchte er regelmäßig die Veranstaltungen unserer LINKEN.

Wir werden Gerhard Harendt immer in unserer Erinnerung behalten.

Die Genossen der Basisorganisation
Die LINKE Alt Ruppin

Kreisvorstand Die LINKE
OPR

Stadtvorstand Neuruppin
DIE LINKE

Kommentiert

Bananenrepublik Deutschland?

Bei seiner Wahl leistet der oberste Repräsentant des deutschen Volkes, der Bundespräsident, folgenden Eid: »Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.«

Im Moment ist Christian Wulff damit beschäftigt, seine ganze Kraft seinem eigenen Wohl zu widmen. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Details seines Privatkredites zum Häuslebau bekannt werden, zu Konditionen selbstverständlich, von denen der Otto-Normal-Bürger nur träumen kann. Als dann dieser fragwürdige Finanzdeal öffentlich wurde, bestand das Bestreben des Bundespräsidenten einzig darin, die Berichterstattung darüber zu behindern. Wie er selbst einräumen musste, war sein Verhalten für einen Bundespräsidenten unwürdig. Als das große moralische Korrektiv für die Politik ist er für alle Zeiten unglaublich. Wulff klebt aber weiterhin an seinem Amt und tritt nicht zurück. Ein Skandal ist in diesem Zusammenhang, dass er sich quasi in Geiselnhaft von einer großen - gleichwohl widerlichen - Boulevardzeitung begeben hat. Diese kann sich nunmehr ungehört als Bewahrerin der »Pressefreiheit« in Deutschland aufspielen. Wenn es nicht so traurig wäre, mag man darüber lachen, dass das bunte Blättchen mit den 4 großen Buchstaben sich als Vorkämpferin der Demokratie geriert. Fakt ist, dass Wulff jede Glaubwürdigkeit verspielt hat und sein Verbleib im Amt vom »Daumen hoch« oder »Daumen runter« des Springer-Konzerns abzuhängen scheint. Der Demokratie hat der Bundespräsident einen Bärendienst erwiesen. Deutschland ist auf dem Weg zur Bananenrepublik.

Ronny Kretschmer

Auf ein Neues! 2012

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Wir haben ein neues, von der Basis getragenes Parteiprogramm, die Einschätzungen unserer führenden Politiker zur Finanzkrise werden jetzt selbst von einigen bürgerlichen Wissenschaftlern und Politikern geteilt und unsere Kommunal- und Landespolitiker haben eine gute Arbeit geleistet. Außerdem haben die Neuruppiner und weitere demokratische Kräfte aus anderen Orten, sowie Bundes- und Landespolitiker dreimal den Rechten in Neuruppin gezeigt, dass sie hier nicht gewollt sind.

Was erwartet uns im neuen Jahr?

Aber das Jahr 2011 war auch von einer Reihe Turbulenzen gekennzeichnet. Man erinnere sich nur an die Aufstände im arabischen Raum, aber vor allem an das Hick-Hack in der schwarz/gelben Bundesregierung. Der alte Adenauersatz »Was schert mich mein Geschwätz von gestern« scheint Maßstab aller Entscheidungen der Bundesregierung geworden zu sein. Erst Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke als Brückentechnologie, dann schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomenergie (Warum nicht auch ein Ausstieg aus der Kenwaffentechnik?), erst CCS-Technologie als zukunftsweisend angepriesen, dann will sie aber keiner, erst keine Schuldenübernahme der Euro-Schuldnerländer, dann immer größere Rettungsschirme. Diese Aufzählung

könnte man beliebig weiter fortsetzen. Und dann gab es auch das noch: Westergewelle wurde als Parteivorsitzender gestürzt und sein Nachfolger, der alles besser machen wollte, versinkt in der Bedeutungslosigkeit genauso wie seine ganze Partei.

Eigentlich erhofft man sich immer, dass im neuen Jahr alles besser wird. Aber was kommt 2012 auf uns Bürger wirklich alles zu?

- am 1. Januar beginnt für alle, die ab 1947 geboren wurden, der schrittweise Einstieg in die Rente mit 67
- eine bescheidenen Senkung des Rentenversicherungsbeitrages von 0,3% erfolgt
- der Regelsatz für Harzt IV-Empfänger steigt um 10 € auf 374 €
- die Beitragsbemessungsgrenze zur Krankenversicherung steigt auf 3.825 € pro Monat und die Versicherungspflichtgrenze steigt auf 50.850 € im Jahr – bei drohenden Krankenkassenpleiten sind alle anderen Krankenkassen verpflichtet, diese Beitragszahler (auch Geringverdiener) aufzunehmen
- Zahnersatz wird teurer (etwa 6%), weil die Krankenkassen nur noch die »Regelversorgung« übernehmen
- für private Lebens- oder Rentenversicherungen sinkt der Garantiezins von 2,25% auf 1,75%
- der automatische Pfändungsschutz von Sozialleistungen (Rente, Kindergeld, Hartz-IV usw.) auf Girokonten entfällt. Dafür muss ein so genanntes P-

Konto eingerichtet werden.

- Neue Mindestlöhne:
 - Zeitarbeitsbranche – West = 7,89 €, Ost = 7,01 €
 - Dachdecker bundesweit 11 €
 - Gebäudereiniger – West = 8,82 €, Ost = 7,33 €
- Die Pflege von Familienangehörigen wird Arbeitnehmern erleichtert (Familienpflegezeit). Außerdem werden die Pflegesätze geringfügig erhöht.
- Pflegestufe I – ambulant von 440 € auf 450 €, stationär bleibt bei 1.023 €
- Pflegestufe II – ambulant von 1.040 € auf 1.100 €, stationär bleibt bei 1.279 €
- Pflegestufe III – ambulant von 1.510 € auf 1.550 €, stationär analog
- Härtefälle – ambulant bleibt bei 1.918 €, stationär steigt von 1825 € auf 1.918 €

Darüber hinaus gibt es noch weitere Neuerungen, die z.T. die Energie- Verbraucher- und Finanzpolitik betreffen.

Zur Neuregelung der Altenpflege plant der FDP-Gesundheitsminister Bahr die Einführung einer privaten Vorsorge nach dem Vorbild der Riester-Rente. Somit würden wieder nur die abhängig Beschäftigten und die Bezieher von Sozialleistungen zusätzlich belastet. Da werden sich wohl viele fragen: Woher soll ich das Geld dafür noch nehmen?

Achim Müller

Riester-Rente - eine ernüchternde Bilanz

Als vor 10 Jahren unter Schröder die Riester-Rente eingeführt wurde, stellten Politiker unserer Partei unbequeme Fragen und Wirtschaftswissenschaftler zweifelten an der Effektivität und an der Sinnhaftigkeit.

2 Analysen, eine der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und eine des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), die am 16. November vorgelegt wurden, ergeben, dass beispielsweise eine 35 jährige Frau mit 2 Kindern, die 2011 einen Riester-Vertrag abgeschlossen hat, 85 Jahre oder älter werden müs-

se, bis sie das eingesetzte Kapital mit einer Verzinsung von 2,5 % herausbekommt. Das trifft aber nur zu, wenn die Versicherung nicht in eine Krise gerät und gleichbleibende Versicherungsleistungen einschließlich Überschusszahlungen gesichert werden können.

Der Chef des »Bundes der Versicherungen« Axel Kleinlein sagte: »Die Riester-Rente ist oft eine Verschwendung von Steuergeldern.« Dafür verantwortlich sind nach einem Bericht die hohen Abschlusskosten und Provisionen für den Vermittler. Auch sorgen die neuesten Berechnun-

gen zu Sterbewahrscheinlichkeiten dafür, dass die Kosten für die Versicherten steigen werden.

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg kritisiert, dass 1/5 oder mehr bei manchen Riester-Verträgen als Kosten veranschlagt werden. Mit Zinseszinsen kann das unter Umständen die Hälfte der möglichen Rente »auffressen«. Das Fazit der Verbraucherzentrale: »Verkauft wird nicht das, was passt, sondern das, was dem Verkäufer Provision bringt.«

am

Rot-rot für Brandenburg

Wenn auch die Enquetekommission mit Saskia Ludwig (CDU), Dieter Dombrowski (CDU) und Axel Vogel (Grüne) dauernd damit beschäftigt ist, zu erzählen, was die rot-rote Landesregierung und Koalition alles falsch macht, ist nicht zu übersehen, dass 2011 doch so etliche handfeste Beweise geliefert wur-

den, dass Rot-rot für Brandenburg sorgt und das tägliche Leben der Bürger verbessern will. Und das auch unter maßgeblicher Initiative und Beteiligung der LINKEN - ihrer Landtagsfraktion und ihrer Minister! Zum Beispiel:

Für starke Kommunen - Während andere Bundesländer ihren Haushalt auf

Kosten der kommunalen Finanzkraft konsolidieren, werden im Land Brandenburg die allgemeinen Schlüsselzuweisungen um rund 141,9 Millionen Euro erhöht.

Konkret dazu: Lesen Sie heute den Artikel von MdL Christian Görke!

Neues aus dem Landtag

Der erste Tag der letzten Landtagssitzung im Jahr 2011 wurde von einer lautstarken Demonstration der Initiative »Schule in Freiheit« vor dem Landtagsgebäude begleitet.

Nach einer Rede des Präsidenten des Landtages wurde mit einer Schweigeminute der Opfer des rechten Terrors gedacht. In einem fraktionsübergreifenden Antrag mit dem Titel »Die Würde des Menschen ist unantastbar« werden die Bundes- und Landesregierung aufgefordert zu prüfen, ob sich Konsequenzen für eine erneute NPD-Verbotsinitiative ergeben.

Im Mittelpunkt der 46. und 47. Sitzung des Landtages stand die Verabschiedung des Haushalts 2012. Nach einer leidenschaftlichen Debatte, die zu den Einzelplänen des Haushalts 2012 geführt wurde, wurde selbiger mit der rot-roten Regierungsmehrheit verabschiedet. Dieser Haushalt sieht Ausgaben von über zehn

Milliarden Euro und eine Nettokreditaufnahme von 270 Millionen Euro vor. Bezüglich der finanziellen Minderung bei Bildung, hier Haushaltsbegleitgesetz, hat Dieter Groß bei der namentlichen Abstimmung gegen dieses gestimmt und sich insgesamt zum Haushalt seiner Stimme enthalten.

Vor Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre war eine Verfassungsänderung mit einer Zweidrittelmehrheit erforderlich. Diese kam mit den Stimmen der Regierungskoalition und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustande. Brandenburg ist damit das erste Flächenland der Bundesrepublik (außer in Bremen seit 2009), in dem 16- und 17-Jährige auf Kommunal-, aber insbesondere auch auf Landesebene wählen können (in M-V, NRW, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gilt das Wahlrecht auf Kommunalebene bereits).

Durch die Verabschiedung des Gesetzes

zur Neuordnung von Land-, Amts- und Arbeitsgerichtsbezirken und zur Änderung von Vorschriften der Gerichtsorganisation kommt das Amtsgericht Schwedt zum Landgerichtsbezirk Neuruppin hinzu. Damit findet die 6 Jahre währende Debatte um die Justizreform einen Abschluss. Dieter Groß, Mitglied des Rechtsausschusses, hat sich innerhalb der rot-roten Regierungskoalition und darüber hinaus sehr für den Erhalt und die Zukunft des Justizstandortes Neuruppin engagiert.

Weitere Tagesordnungspunkte waren unter anderem die Änderung zum Brandenburgischen Polizeigesetz, die Entscheidung über die Volksinitiative »Nachtflugverbot am BBI« und das Vergabegesetz.

Weitere Informationen unter: www.landtag.brandenburg.de

Christian Richter

Bedingungsloses Grundeinkommen – Ein Weg zur sozialen Gerechtigkeit?

Auftaktveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Pritzwalk

Etwa 30 Personen trafen sich am 17. November in der Aula der Jahn-Grundschule in Pritzwalk zur Auftaktveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Nordwesten Brandenburgs, zu der die Stiftung und der Landtagsabgeordnete Dieter Groß (DIE LINKE.) eingeladen hatten. Dies wird nicht die letzte Veranstaltung sein, so Groß, sondern der Start einer Reihe zur politischen Bildung, die wir in meinem Wahlkreis II. und darüber hinaus organisieren wollen. Zum Thema referierte Ronald Blaschke, Mitbegründer und Mitglied im Netzwerk-Rat des deutschen Netzwerks Grundeinkommen und Mitarbeiter von Katja Kipping, MdB (DIE LINKE.) im Deutschen Bundestag. In einem kurzen Vortrag stellte er die Idee des Grundeinkommens vor, begründete diese neue soziale Idee und deren Zusammenhang mit dem Kampf um soziale Gerechtigkeit. Blaschke betonte, dass das bedingungslose Grundeinkommen mit der Ideologie bricht, das Recht auf Leben und Teilhabe an der Gesellschaft sich erst verdienen zu müssen. Menschenrechte seien dem Menschen bedingungslos zustehende Rechte, so Blaschke. In Deutschland wird das Grundeinkommen seit 1982 diskutiert, damals von den unabhängigen Erwerbsloseninitiativen. Heute gibt es eine Vielzahl von Personen und Organisationen, die das Grundeinkommen fordern und sich politisch für dessen Einführung engagieren. In vielen Parteien gibt es große Gruppie-



Die Auftaktveranstaltung zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen - Ein Weg zur sozialen Gerechtigkeit?« als Auftaktveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fand im November 2011 an der Jahn-Grundschule in Pritzwalk statt.

rungen, die sich für das Grundeinkommen einsetzen. Auch im neuen Programmtextwurf der Partei DIE LINKE. wird darauf hingewiesen, das bedingungslose Grundeinkommen weiter diskutieren zu wollen.

An den Vortrag schloss sich eine sachliche, aber auch kontroverse Diskussion an. Am Ende des Abends konnte jedoch jeder Teilnehmer interessante Ideen und Anregungen mit nach Hause nehmen,

auch wenn bei dem Einen oder Anderen Zweifel an der Durchführbarkeit und dem politischen Willen bestimmter Lobbygruppen eine geradezu revolutionäre Umwälzung des sozialen Systems zu unterstützen, blieben.

Christian Richter

Bundestagsreport

»Wir verändern« – das neue Leitbild 2020 gemeinsam entwickeln

In der vergangenen Wahlperiode des Potsdamer Landtags hatte sich die LINKE Brandenburg nach vielen Monaten Debatte mit fachpolitischen Veranstaltungen und Diskussionsrunden in allen Regionen auf einem Parteitag ein Leitbild gegeben. »Unsre Heimat - für ein Brandenburg der Regionen« beschrieb eine klare Zukunftsstrategie mit demokratisch-sozialistischer Handschrift. Diese intensive inhaltliche Arbeit des Landesverbandes hat sich bei der Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes für die Landtags- (und Bundestags-)Wahl 2009 und die Koalitionsverhandlungen mit der SPD danach als Glücksfall erwiesen. Unsere Positionen zu vielen Entwicklungsfragen des Landes waren breit diskutiert und die Schlüsselprojekte haben sich nahezu zwangsläufig ergeben, die wir in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt haben. Wer schon mal an der Erarbeitung von Wahlprogrammen mitgearbeitet hat, weiß, wie viel schwieriger das ist, wenn es einen solchen inhaltlichen Klärungsprozess vorher nicht gibt. Auch für die Verhandlungsgruppe in den Koalitionsverhandlungen waren die verbindlich beschlossenen Leitbild-Positionen des Landesverbandes und die Kenntnis der Diskussionen sehr hilfreich, aus denen diese abgeleitet wurden. Auch die SPD wusste ziemlich genau, worauf sie sich mit uns als Koalitionspartnerin einlassen müssten. Schaut man im Abstand von 2 Jahren auf das rot-rote Regierungshandeln, prägen gerade diese Schlüsselprojekte rot-rote Erfolge in Brandenburg. Fast alle sind bereits zur Halbzeit der Wahlperiode erfolgreich abgeschlossen, auf gutem Wege dorthin oder sogar übererfüllt. Nicht in allen Bereichen sind wir so erfolgreich. Es gibt also sehr gute Gründe, einen so erfolgreichen Weg weiter zu gehen und das Leitbild fortzuschreiben. Erst Recht unter den besonderen Bedingungen der LINKEN Regierungsbeteiligung während einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die immer deutlicher zu einer Gesellschaftskrise wird. Mit weniger Geld sozial gerechte Politik gestalten - kleiner ist die politische Aufgabe nicht, vor der unser Landesverband steht. Die Fortschreibung des Leitbildes muss deshalb nicht nur LINKE fachpolitische Antworten auf sehr drängende Entwicklungsfragen geben. Sie muss gerade jetzt den Anspruch erfüllen, diese Antworten mit unseren Genossinnen und Genossen sowie allen Interessierten um uns herum gemeinsam zu entwickeln. Nur so ist eine breite Akzeptanz zu erreichen. Die-

ser partizipative Prozess ist für die Zukunft des Landesverbandes existenziell, denn er bietet gleichzeitig die Möglichkeit, neue Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen. Oder sogar die neuen Mitglieder, die wir dringend brauchen. Diesem Konzept eines ebenso intensiven wie breiten politischen Dialogs folgte schon die Auftaktkonferenz Anfang Dezember 2011. Nach einer politischen Bilanz des bisherigen Leitbilds durch den Landesvorsitzenden, und einer Diskussionsrunde mit ihm, allen LINKEN Minister/innen und der Fraktionsvorsitzenden, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag an 6 Tischen sehr engagiert Themen diskutiert, die eine inhaltliche Weiterentwicklung erfordern und deshalb im Zentrum der neuen Leitbilddebatte stehen werden: 1. Lebensqualität in zukunftsfähigen Städten und Dörfern, 2. Nachhaltige Bildungslandschaft fördern, 3. Wirtschaft und Arbeit, 4. Brandenburg als Vorreiter in der Energie- und Klimapolitik, 5. Zukunftsfähige Finanzpolitik und 6. Methoden für eine intensive politischen Debatte. Bis Juni 2012 sollen thematische Workshops zu den Schwerpunktthemen stattfinden. Bis Oktober sollen auf Aktivenkonferenzen deren Zwischenergebnisse breit diskutiert werden. Im September folgt ein europapolitischer Landestag. Im Dezember wird auf einer Konferenz der Textentwurf der Fortschreibung des Leitbildes 2020 vorgestellt. Das ist gleichzeitig der Auftakt für den intensivierten Dialog mit unseren gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und -partnern. Ende 2013 soll die Leitbilddebatte beendet und gleichzeitig die Wahlkampfprogrammdebatte für die Landtagswahlen 2014 eröffnet werden. Ich freue mich auf die interessanten Diskussionen zur Zukunft unseres Landes und hoffe auf eine rege Beteiligung!

Dr. Kirsten Tackmann, MdB

Presseerklärung

Kyritz-Ruppiner Heide braucht jetzt nachhaltiges Gesamtkonzept

»Es ist gut, dass das gesamte Gelände in der Kyritz-Ruppiner Heide in öffentlichem Besitz bleibt,« kommentiert die regionale Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Dr. Kirsten Tackmann die heutige Entscheidung im Haushaltsausschuss des Bundestages. Tackmann weiter:

»Allerdings wäre eine engere Einbindung des Landes und der Region in die Entscheidungsfindung notwendig gewesen. Der Bund bleibt in der Pflicht, gemeinsam mit der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft und der Landesregierung Brandenburg ein strategisches Konzept für die Kyritz-Ruppiner Heide zu entwickeln und zügig die Mittel für eine nutzungsbezogene Beräumung der militärischen Altlasten zur Verfügung zu stellen. Regionale Interessen sind unbedingt zu berücksichtigen. Dazu gehören insbesondere Naturschutz, naturnaher Tourismus und forstliche Nutzung. Alle Nutzungsüberlegungen für dieses Gelände müssen damit vereinbar sein.

Die heute beschlossene Übertragung von 4.000 Hektar in das Nationale Naturerbe kann zum Motor für die Regionalentwicklung werden, wenn mit der Sielmann-Stiftung ein vor Ort gemeinsam getragenes Entwicklungskonzept gelingt. Dass die Aufnahme der Kyritz-Ruppiner in das Nationale Naturerbe auf Kosten anderer dafür vorgesehener Naturschutzprojekte geht, bleibt aber ein Wermutstropfen der heutigen Entscheidung.«

Presseerklärung von Dr. Kirsten Tackmann, MdB vom 14.12.2011

Kurz notiert

Die LINKE hat ihr Programm

Nach knapp zweijähriger Diskussion und vier Jahre nach ihrer Gründung ist das Parteiprogramm der Linkspartei nun endgültig beschlossen. In einer Urabstimmung gaben 95,81 Prozent der Parteimitglieder dem Grundsatzdokument ihre Zustimmung, die Beteiligung lag bei 48,86%. Mit »ja« stimmten 32729 Parteimitglieder (95,81%), gegen das Programm sprachen sich 668 (1,96%) der Befragten aus, es gab 764 (2,24%) Enthaltungen und 39 ungültige Stimmen. Besonders erfreulich ist die Zustimmung

der Brandenburger LINKEN mit 64%, unser Kreisverband OPR fällt leider mit 53% etwas ab, liegt aber über dem Bundesschnitt.

Nun kommt es darauf an, unser Programm mit Leben zu erfüllen und in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren eine erfolgreiche Politik für die Menschen in diesem Lande zu machen.

Vor 20 Jahren wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepublik aufgelöst / Eine Nachlese

Katastrophe oder Notwendigkeit?

Angesichts der Tragödie einer zerstrittenen europäischen Union ist einmal mehr zu bezweifeln, ob eine solidarische Gemeinschaft von Staaten und Völkern möglich ist. Was für historische Vorläufer gibt es?

Es gab den zentralistisch organisierten sowjetischen Vielvölkerstaat, der ein Sechstel der Erde umspannte, einen mörderischen Bürger- und Interventionskrieg Anfang 1918 bis 1920, stalinistische Herrschaft und faschistische Aggression überstanden hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg er zur zweiten Weltmacht auf und behauptete sich über vier Jahrzehnte als eine Supermacht, um dann in der systemischen Krise des Staatssozialismus vor zwei Jahrzehnten zu zerfallen.

Die Kremlführung unter Michael S. Gorbatschows hatte sich ab 1985 vergeblich um eine gesamtgesellschaftliche Erneuerung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bemüht. Der Umbau der autoritären in eine parlamentarische Staatlichkeit, der staatssozialistischen Kommandowirtschaft in eine sozialistische Marktwirtschaft sowie die Ablösung der zentralistischen Union durch eine föderative bzw. konföderative gelang nicht. Zum einen wegen der Vorrangigkeit der politischen Demokratisierung (im Unterschied zu der schon ein Jahrzehnt früher beginnenden chinesischen Reformpolitik). Zudem war die Sowjetführung zutiefst zerstritten, besaß für eine komplexe, langwierige Transformation weder die nötige Entscheidungskraft noch eine dauerhafte Massenbasis.

Die wachsende Ohnmacht der Partei- und Staatsführung der UdSSR korrespondierte mit dem Erstarken nationalistischen Separatismus' und einem bis dahin ungeahnten sozialökonomischen Niedergang. Vor allem fehlte der Kremlführung unter Gorbatschow die nüchterne Einsicht, dass der Gegenspieler auf internationaler Bühne, die kapitalistische Supermacht USA, im höchsten Grade an einer Schwächung und Ausschaltung ihres stärksten antikapitalistischen Rivalen UdSSR interessiert war. Nachdem dank der ökonomischen und politischen Sogkraft des Kapitalismus bereits Osteuropa 1990 gewaltlos in den westlichen Machtbereich gekommen war, begannen die USA und ihre NATO-Verbündeten wie die Bundesrepublik Deutschland, Einfluss auch auf die westlichen Republiken der UdSSR zu nehmen. So unterstützten westliche Politiker die nationalistische Nomenklatura, Dissidenten und zurückkehrende Emigranten im Baltikum, in der Ukraine, in Weißrussland, Moldawien und Kaukasien. Sie ermunterten jene, eine eigene Staatlichkeit zu gründen und aus dem Verbund UdSSR auszutreten,

um in naher Zukunft der NATO und der EU beizutreten.

Der russische Philosoph Iwan Iljin (1883-1954), den Lenin 1922 des Landes verwiesen hatte, hatte dies kommen sehen. Man müsse darauf gefasst sein, schrieb er, »dass die Zerstörer Russlands ihr feindseliges und sinnloses Experiment zu einem postbolschewistischen Chaos führen, in dem sie es für die höchste Er rungenschaft an Freiheit, Demokratie und Föderalismus ausgeben. Den russländischen Völkern und Stämmen bringt eine derartige Zerstückelung den Untergang, den Abenteurern, die nach politischer Karriere dürsten, eine Blüte, den Feinden Russlands den Sieg. Entweder entsteht in Russland eine nationale Diktatur, die jegliche separatistische Bewegung im Lande zerschlägt oder im Land beginnt ein unvorstellbares Chaos an Verschiebung, Rückzug, Rache.«

Die Konservativen wie auch die sogenannten Radikalreformer in der sowjetischen Nomenklatura machten sich angesichts der allumfassenden Krise im Land die Losung »Rette sich, wer kann« zu eigen. Sie eigneten sich unrechtmäßig Staatseigentum an, das Volkes Eigentum gewesen sein sollte. Dies geschah in allen Unionsrepubliken in direkter Kollaboration mit westlichen politischen und ökonomischen Eliten.

Entscheidend für das Auseinanderbrechen und die schließliche Auflösung der UdSSR waren vor allem die Vorgänge im Kernland der Union, der russischen Sowjetrepublik. Der ehemalige Parteibürokrat und nunmehr selbsternannte

»Radikalreformer« Boris Jelzin zog mit den Wahlen im März 1989 in den sowjetischen Volksdeputiertenkongress ein. Er profilierte sich zum Hauptgegner des KPdSU-Generalsekretärs Gorbatschow, der im März 1990 zum Präsidenten der UdSSR gewählt wurde. Jelzin, der inzwischen aus der Partei ausgetreten war, verkündete, das Heil des Landes bestünde in der Einführung der liberalen Marktwirtschaft. Zu dieser Überzeugung war der ehemalige Apparatschik während seiner ersten Reise in die USA 1989 gelangt. Zugleich rief er die nationalen Separatisten auf: »Nehmt euch so viel Macht, wie ihr vertragen könnt.«

Nachdem er im Juni 1991 mit 57 Prozent der Wählerstimmen Präsident Russlands wurde, trat er in gemeinsamer Front mit den anderen Republikfürsten, zumeist ebenfalls ehemals kommunistische Spitzenkader, entschieden gegen eine Erneuerung wie auch generell den Erhalt der UdSSR auf. Nun forderte er auch offen den Rücktritt seines Erzrivalen Gorbatschow, der noch Präsident der UdSSR war.

Obwohl in einem Referendum vom 17. März 1991 beachtliche 76 Prozent der Bürger Russlands, der Ukraine, Belorusslands, Kasachstans, Aserbaidschans, Usbekistans, Kirgistans und Tadschikistans für einen föderativen Union gestimmt hatten, verfolgte Jelzin seinen Plan der Zerschlagung der Union unbeeinträchtigt weiter. Er nutzte den kläglich gescheiterten Putschversuch konservativer Militärs und Geheimdienstleute am 19. August 1991 in Moskau, den Ausnahmezustand einzuführen und seinen eigenen »Staatsstreich« nunmehr in Angriff zu nehmen.

Am 8. Dezember 1991 beschlossen Jelzin und die unkrainischen und belorussischen Separatistenführer Krawtschuk und Schuschkewitsch auf einer Regierungsdatsche im Wald von Beloveze bei Minsk selbstherrlich, ohne das Mandat ihrer Parlamente: »Wir, die Republik Belorussland, die Russische Föderation und die Ukraine, konstatieren, dass die UdSSR als Subjekt des Völkerrechts und als geopolitische Realität aufhört zu existieren. Die Tätigkeit der Organe der ehemaligen UdSSR auf dem Territorium der Mitgliedstaaten des Freundschaftsbundes erlischt.«

Die Oberhäupter der drei ostslawischen Staaten vereinbarten, künftig in einer zu gründenden Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammenzuarbeiten, die auch anderen ehemaligen Sowjetrepubliken offen stehen sollte. Damit war einer Weltmacht der Todesstoß versetzt. Jelzin informierte Gorbatschow erst im Nachhinein über diese Entscheidungen sowie darüber, dass US-Präsident Bush diesen Akt unterstützt habe. »Michail ohne Land« musste am 25. Dezember 1991 zurücktreten; er übergab dem neuen Herrscher im Kreml auch die Befehlsgewalt über 25 000 Kernsprengköpfe, von denen damals ein Viertel in 14 anderen Republiken lagerte.

Während zwei Jahrzehnte später nun auch die Europäische Union in eine tiefe Krise geraten ist, sich Auflösungsstendenzen zeigen und ein Rückfall in nationalistischen Separatismus durchaus nicht auszuschließen ist, zeichnet sich im Osten ein Reintegrationsprozess ab. Der von »Forbes« für das Jahr 2011 nach US-Präsident Obama zum zweiteinflussreichsten Mann der Welt gekürte russische Regierungschef Wladimir Putin verkündete, bis 2015 mit den Republiken Kasachstan und Belarus einen Eurasischen Bund zu bilden.

Karl-Heinz Gräfe

(Aus Neues Deutschland vom 24./25.12.2011)

Eine der größten deutschen Stimmen ist verstummt



Christa Wolf

Im Alter von 82 Jahren ist in Berlin die Schriftstellerin Christa Wolf gestorben. Sie gehörte zu den wichtigsten deutschen Autorinnen, war mit vielen Schriftstellern befreundet. Namen wie Brigitte Reimann, Maxi Wander und ihr großes Vorbild Anna Seghers zeichnen das Leben der Christa Wolf. Nun ist auch ihre Stimme für immer verstummt.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	7.2.	Hildegard Heine	in Fehrbellin	zum	81.
Am	8.2.	Egon Schulz	in Kyritz	zum	82.
Am	10.2.	Hans-Dieter Petke	in Neuruppin	zum	69.
Am	13.2.	Helmut Chucher	in Alt Ruppín	zum	84.
Am	13.2.	Beate Müller	In Buskow	zum	61.
Am	16.2.	Julius Reypa	in Wittstock	zum	85.
Am	18.2.	Kurt Jakob	in Rheinsberg	zum	85.
Am	23.2.	Helga Klame	in Kränzlin	zum	77.
Am	25.2.	Arno Lisch	in Neuruppin	zum	77.
Am	27.2.	Hans Purand	in Wittstock	zum	86.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch

Christa Wolf

Christa Ihlenfeld, Tochter eines Kaufmanns aus Landsberg an der Warthe gehörte lange zum kulturellen Etabliement der DDR. Bereits 1949 trat sie in die SED ein. Bei Hans Mayer studierte sie Germanistik. 1951 heiratete sie den Schriftsteller Gerhard Wolf. Sie arbeitete für den Deutschen Schriftstellerverband der DDR und redigierte die Zeitschrift »Neue Deutsche Literatur«. 1963 wurde sie Kandidatin des ZK der SED, wurde 1974 in die Akademie der Künste der DDR aufgenommen und erhielt sogar das Privileg, der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Paris beitreten zu dürfen. Dass noch DDR-Nationalpreise diverser Klassen hinzukamen, liegt auf der Hand. Mehrfach wurden ihre Werke auch für den Nobelpreis nominiert.

Vielfach wurde Christa Wolf gefragt, warum sie nicht die DDR verließ. Ein Leben im Westen war für Christa Wolf nicht vorstellbar. Für Christa Wolf war das Leben in der DDR ihr Leben. Hier setzte sie ihre Kraft ein, hier erhob sie ihre Stimme. Niemals laut, immer eindringlich, fordernd und aufzeigend. In diesem Sinne unterschrieb sie kurz um die »Wende« den Aufruf »Für unser Land«, der sich gegen den »Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte« wandte. Dieses Eintreten für einen demokratischen Sozialismus prägt das literarische Werk von Christa Wolf.

Bücher wie »Kassandra«, »Der geteilte Himmel«, »Nachdenken über Christa T.« oder »Kein Ort. Nirgends« wurden Bestseller, nicht nur in der DDR, sondern vielfach in der Welt.

So wie die Werke von Christa Wolf unsere Generation begleitet haben, mögen ihre Werke nachfolgende Generationen zum Denken und Handeln anregen.

Ronald Baskow

Höhepunkt in Neuruppin

Das neue Jahr 2012 begann kulturell in Neuruppin und für den Kreis mit einem Paukenschlag, das Neujahrskonzert mit dem Brandenburger Staatsorchester aus Frankfurt unter unserem Dirigenten Takao Ukiyaya am 7. Januar 2012 war ein echtes Ereignis. Der Neuruppiner Musikverein eröffnete damit die nun schon mehrjährige Klassik-Musik-Reihe, dem sechs weitere Konzerte folgen werden.

Am Sonntag, 05. Februar findet ein Violinen- und Klavierabend im Foyer der Sparkasse am Fontaneplatz statt, am Sonntag, 18. März in der Pfarrkirche schon das nächste Sinfoniekonzert (Beethoven, Brahms, Mozart). Am Sonntag, 15. April neu im Schlossgarten Neuruppin ein Cembalo-Recital, am Sonntag, 30. September ebenfalls im Saal des Schlossgartens ein Kammerkonzert mit einem Holzbläser-Quintett, am Sonntag, 21. Oktober im Alten Gymnasium ein Wagner-Abend und schließlich am Sonntag, 11. September in der Pfarrkirche wiederum ein Sinfoniekonzert.

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 17 Uhr. Übrigens, ein Jahresabonnement für alle oder eins für 4 Konzerte lohnt sich!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke. Kreisvorstand OPR
Kto. Nr. 1632361, BLZ 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppín e.G.

F. II. hat uns fest im Griff (?)

Es deutet sich schon seit Wochen an: Friedrich II. mit seinem 300. Geburtstag am 24. Januar will/wird nicht nur diesen Monat, nein, das ganze Jahr bestimmen. Zumindest im Land Brandenburg und natürlich auch in der Hauptstadt Berlin. Eine Menge Programme mit den verschiedensten - übrigens viel interessanten - Veranstaltungen, Ausstellungen weisen schon darauf hin. Rheinsberg rüstet sich besonders, auch Neuruppin hat einiges vor, Potsdam scheint die ganze Stadt darauf einzustellen...

Herausragend sicherlich das große Flötenkonzert mit 300 Flötisten im ganzen Park Rheinsberg (soviel will die Musikakademie zu Pfingsten, am 27. Mai, auf die Beine bringen). Die Kammeroper bietet ab 20. Juli die Oper von Prof. Siegfried Matthus »Kronprinz

Friedrich« und Anfang Juli Konzerte zu »Friedrichs Opernträume«. Ausstellungen sind geplant, in der Ausstellung des Neuruppiner Künstlers Robert W. Wagner im Museum (nur noch bis 22. Januar!) sind bereits jetzt interessante Zeichnungen über Friedrich zu sehen.

Nicht zu vergessen sind die beinahe zahllosen neuen und alten Bücher über F. II. Aber besonders interessant für uns hierzulande auch, womit Verleger Günter Rieger aus Karwe aufwartet: »Friedrich der Große - der Patient, seine Ärzte und die Medizin seiner Zeit«, von Prof. Dr. Dirk Fahlenkamp, der bekanntlich von 1997 -2007 die Urologische Klinik in Neuruppin geleitet hat und heute Chefarzt in den Zeisigwaldkliniken in Chemnitz ist. ch-

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke. Kreisvorstand OPR
Kto. Nr. 1632361, BLZ 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin e.G.

Termine

Montag, 30.1.2012	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes Die Linke. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 1.2.2012	Sprechstunde von Kirsten Tackmann, MdB (Änderungen möglich) 10.00-11.30 in Wittstock (Geschäftsstelle) 14.00-15.30 in Kyritz (Linkseck/Geschäftsstelle) 16.30-18.00 in Neuruppin (Bürgerbüro/Geschäftsstelle)
Donnerstag, 2.2.2012	Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str.1
Donnerstag, 2.2.2012	Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 6.2.2012	Beratung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin 18.30 Uhr, Ratssaal Neuruppin
Dienstag, 7.2.2012	Mitgliederversammlung Die Linke. Regionalverband Rheinsberg - Lindow 19.00 Uhr, Pavillon an der H.-Rau-Schule
Mittwoch, 8.2.2012	Mitgliederversammlung Die Linke. Regionalverband Temnitz 18.00 Uhr, Walsleben-Kartoffellagerhaus
Mittwoch, 15.2.2012	Beratung des Kreisvorstandes Die Linke. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Wochenende, 18./19.2.2012	1. Tagung des 3. Landesparteitages Blossin
Sonnabend, 18.2.2012	Block Dresden 2012 Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist! Dresden
Mittwoch, 22.2.2012	Beratung des Stadtvorstandes Die Linke. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecherin für Agrarpolitik, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Tel.: 030 / 227 74 309, Fax.: 030 / 227 76 308
Funk: 0173 / 38 04 592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**
Tel.: 033971 / 328 57, Fax.: 033971 / 328 93
E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten von Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvertr. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und Landesjugendhilfeausschuss.
Tel.: 0331/9661526, Funk: 0172 / 3500435
www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**
Tel.: 03394 / 4997064, Fax.: 03394/4997065
E-Mail: ra.gross@gmx.de

Bürozeiten: Mo/Mi 9.00-15.00, Di 9.00-11.00 u. 13.00-16.00, Do 11-18 Uhr.
Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz (Zeiten bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen).

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin, Tel.: 03391/2383
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00-14.00 Uhr
Fr. 10.00-13.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Friedemann Göhler

Tel.: 03391/2383, Funk.: 0176 /20627803
Sprechzeiten jeden 2. und 4. Montag 16.00-17.00 Uhr.

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420; Fax: 03391/655422
www.die-linke-opr.de.
E-Mail: kv@linkspartei-opr.de
Sprechzeiten: Do. 9-12 und 14-16 Uhr.
Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes Montags ab 16.15 Uhr.

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel/Fax: 033971/72086;
E-Mail: bock@linkspartei_opr.de
Sprechzeiten Mo.-Fr. 9.00 - 12.00 Uhr.

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;
Tel. 03394/4997066 Fax. 03394/4997068
E-Mail: linke_wittstock@t-online.de
Sprechzeiten Di. 9.00 - 11.00 Uhr,
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **Die Linke. OPR**, Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.); Redaktion: Lutz Geue, Christa Horstmann, Achim Müller, Jürgen Schubert, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 04.02.2012
Erscheinungsdatum: Mi., 16.02.2012